Stand: 15.07.2025 07:55:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21166

"Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG COM (2021) 851 final BR-Drs. 27/22"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21166 vom 16.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21284 des BU vom 22.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21328 vom 23.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 23.02.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.02.2022 **Drucksache** 18/**21166**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
COM (2021) 851 final
BR-Drs. 27/22

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG; COM (2021) 851 final; BR-Drs. 27/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar ist es nachvollziehbar, dass eine Angleichung der Strafvorschriften in den Mitgliedstaaten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Delikten der Umweltkriminalität und die effektive Durchsetzung des Umweltrechts der Union verbessern kann.

Der Richtlinienvorschlag geht allerdings aufgrund der detaillierten und tiefgreifenden Vorgaben über das Erforderliche weit hinaus und kann sich insoweit nicht auf eine Kompetenznorm der Europäischen Verträge stützen:

– Die Etablierung einer strafrechtlichen Produktverantwortlichkeit geht weit über das Umweltstrafrecht hinaus und ist nicht notwendig. In Deutschland bestehen mit den allgemeinen Regelungen insbesondere zu den Tötungs- und Körperverletzungsdelikten ausreichende Maßnahmen.

– Der Vorschlag sieht umfangreiche Vorgaben zu konkreten Sanktionsformen, Maßnahmen neben der eigentlichen Kriminalstrafe und zur Strafzumessung vor. Dies greift ohne Notwendigkeit tief in die Sanktionssysteme der Mitgliedstaaten ein.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ein Bedürfnis für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die effektive Durchsetzung des Unionsumweltrechts besteht jedoch nicht. Auch in der Sache bestehen erhebliche Bedenken etwa gegen die richterliche Aufsicht über Unternehmen.

– Auch die vorgeschlagenen Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit an Strafverfahren sind nicht erforderlich für die Erfüllung der Ziele der Richtlinie. Das deutsche Strafrecht sieht bereits ausreichende Drittbeteiligungsmöglichkeiten vor. Eine Kompetenz für einen derartigen Eingriff in die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz besteht nicht.

Vor allem aufgrund dieser konkreten und tiefgreifenden Vorgaben würde die Richtlinie erheblich in das strafrechtliche System der Mitgliedstaaten eingreifen. Ein solcher Eingriff wiegt ums so schwerer, weil es sich bei der verfassungsrechtlich sensiblen Strafrechtspflege um eine zentrale Aufgabe staatlicher Gewalt handelt. Der Landtag ist der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist. Für einen derartigen Eingriff besteht keine Kompetenzgrundlage.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.02.2022 **Drucksache** 18/**21284**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**21166**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
COM (2021) 851 final
BR-Drs. 27/22

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Martin Huber**
Mitberichterstatter: **Hep Monatzeder**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 22. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.02.2022 **Drucksache** 18/**21328**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
COM (2021) 851 final
BR-Drs. 27/22

Drs. 18/**21166**, 18/**21284**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG; COM(2021) 851 final; BR-Drs. 27/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar ist es nachvollziehbar, dass eine Angleichung der Strafvorschriften in den Mitgliedstaaten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Delikten der Umweltkriminalität und die effektive Durchsetzung des Umweltrechts der Union verbessern kann.

Der Richtlinienvorschlag geht allerdings aufgrund der detaillierten und tiefgreifenden Vorgaben über das Erforderliche weit hinaus und kann sich insoweit nicht auf eine Kompetenznorm der Europäischen Verträge stützen:

– Die Etablierung einer strafrechtlichen Produktverantwortlichkeit geht weit über das Umweltstrafrecht hinaus und ist nicht notwendig. In Deutschland bestehen mit den

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

allgemeinen Regelungen insbesondere zu den Tötungs- und Körperverletzungsdelikten ausreichende Maßnahmen.

– Der Vorschlag sieht umfangreiche Vorgaben zu konkreten Sanktionsformen, Maßnahmen neben der eigentlichen Kriminalstrafe und zur Strafzumessung vor. Dies greift ohne Notwendigkeit tief in die Sanktionssysteme der Mitgliedstaaten ein. Ein Bedürfnis für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die effektive Durchsetzung des Unionsumweltrechts besteht jedoch nicht. Auch in der Sache bestehen erhebliche Bedenken etwa gegen die richterliche Aufsicht über Unternehmen.

– Auch die vorgeschlagenen Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit an Strafverfahren sind nicht erforderlich für die Erfüllung der Ziele der Richtlinie. Das deutsche Strafrecht sieht bereits ausreichende Drittbeteiligungsmöglichkeiten vor. Eine Kompetenz für einen derartigen Eingriff in die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz besteht nicht.

Vor allem aufgrund dieser konkreten und tiefgreifenden Vorgaben würde die Richtlinie erheblich in das strafrechtliche System der Mitgliedstaaten eingreifen. Ein solcher Eingriff wiegt ums so schwerer, weil es sich bei der verfassungsrechtlich sensiblen Strafrechtspflege um eine zentrale Aufgabe staatlicher Gewalt handelt. Der Landtag ist der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist. Für einen derartigen Eingriff besteht keine Kompetenzgrundlage.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
COM (2021) 851 final
BR-Drs. 27/22
Drs. 18/21166, 18/21284 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)
COM(2021) 733 final
BR-Drs. 19/22
Drs. 18/21167, 18/21286 (A) (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	A	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Qualität der Badegewässer – Überprüfung der EU-Vorschriften
28.10.2021 - 20.01.2022
Drs. 18/18918, 18/21287 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/21287 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030)
COM(2021) 615 final
BR-Drs. 790/21
Drs. 18/19385, 18/21285 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Es wird dem Vorhaben zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Arbeitsmigration in Bayern
Drs. 18/18688, 18/21197 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Gemeinsam für saubere Luft – Abdeckungen für bestehende Güllelagerbehälter fördern
Drs. 18/18993, 18/21200 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Langzeitarbeitslosigkeit genauer in den Blick nehmen
Drs. 18/19181, 18/21134 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerischen Energieatlas zeitnah aktualisieren
Drs. 18/19222, 18/21147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse
Drs. 18/19291, 18/21153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt ein starkes Bündnis für gute Ganztagsbildung in Bayern schaffen
Drs. 18/19348, 18/21154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Parkraum effektiv nutzen, Gebührenhöhe den Kommunen überlassen
Drs. 18/19367, 18/20669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern – 3G sofort und flächendeckend umsetzen
Drs. 18/19379, 18/21135 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklung der Bienenpopulation
Drs. 18/19382, 18/21138 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliches Engagement durch Stiftungen weiter steigern
Drs. 18/19396, 18/21198 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Günstige Stromversorgung sicherstellen: Bayerische Kernkraftwerke weiterlaufen lassen
Drs. 18/19398, 18/21150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Chancengleichheit an Hochschulen wiederherstellen
Drs. 18/19400, 18/21156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rübenzucker aus Bayern ohne Schäden für Bienen, Insekten und Umwelt
Drs. 18/19464, 18/21139 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimawirkung der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/19465, 18/21140 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Arbeitsplätze sichern, Tradition erhalten: Silvesterfeuerwerk ermöglichen
Drs. 18/19467, 18/21151 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	ENTH	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen in Bayern
Drs. 18/19486, 18/21090 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäische Eiweißstrategie und Eiweißinitiative Bayern
Drs. 18/19488, 18/21202 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neues Jagdkonzept der Hegegemeinschaften im Landkreis Schweinfurt
Drs. 18/19489, 18/21141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Übertragungsnetzausbau nach Bundesbedarfsplangesetz unterstützen
Drs. 18/19491, 18/21148 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Situation der Waldverjüngung in den Wäldern der Bayerischen Staatsforsten
Drs. 18/19509, 18/21142 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Tierwohlställe fördern – Genehmigungsverfahren beschleunigen
Drs. 18/19518, 18/21143 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prüfungen und Praktische Übungen künftig unter 3G-Bedingungen
Drs. 18/19540, 18/21168 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Taubblinde und hörsehbehinderte Menschen im Alltag unterstützen
Drs. 18/19545, 18/21136 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen garantieren – Kein Impfzwang durch die Staatsregierung!
Drs. 18/19547, 18/21137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Bedarfsgerechte Jugendarbeit und Jugendhilfe in Bayern sichern – verlässlichen Rahmen für die Arbeit des Bayerischen Jugendrings schaffen
Drs. 18/19548, 18/21199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Petra Högl, Alexander Flierl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fördersätze bei den investiven Förderprogrammen
Drs. 18/19550, 18/21201 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Die Reinigung von Unterkünften den Asylbewerbern auferlegen
Drs. 18/19577, 18/21146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	**ohne**	Z	A	A

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Wissenschaftskommunikation an bayerischen Hochschulen – Qualität statt Quantität!
Drs. 18/19585, 18/21158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

33. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. AfD
Energie für Bayern.
Stromversorgung sicherstellen: Blackout-Krisenplan vorbereiten
Drs. 18/19632, 18/21149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

34. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung zur Restitution von Kulturgütern aus der Zeit des Kolonialismus
Drs. 18/19711, 18/21159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

35. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Orientierungspraktikum für das Lehramtsstudium weiterentwickeln
Drs. 18/19712, 18/21155 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	ENTH	Z

36. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lizenz für Luca-App nicht verlängern
Drs. 18/19734, 18/19888 (E)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

37. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Schäden durch Wildgänse
Drs. 18/19738, 18/21144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag Klimaställe/Offenfrontställe
Drs. 18/19741, 18/21145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

39. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher u.a. SPD
Freiversuche an allen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/19763, 18/21160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z